Neue Zürcher Zeitung am Sonntag, 13.12.2015, S. 59

Drei Wege aus der Falle

Auf Ziele kann sich die Klimapolitik verständigen. Aber wie sie erreicht werden sollen, ist immer noch unklar. Nach dem Gipfel in Paris zeichnen sich drei Strategien ab.

Von Oliver Geden

Der Schlusspfiff zur bisher wichtigsten Klimakonferenz der Vereinten Nationen, der COP21 in Paris, ist gerade erst ertönt, da stellt sich schon die Frage, wie es nun weitergeht. Die Antwort lautet: Man kann es noch nicht wirklich wissen. Selbstverständlich wird weiter verhandelt. COP22 findet im November 2016 in Marokko statt, viele weitere Klimagipfel werden folgen. Aber Vertragstexte und die darin formulierten Ziele und Verfahren sind nicht das Wichtigste. Entscheidend sind vielmehr die zukünftige globale Emissionsentwicklung und der Umgang mit den Klimawandelfolgen.

Doch ob der Kern des «Paris Agreement» - ein System regelmässig einzureichender nationaler Klimapläne - nun endlich eine anhaltende globale Dynamik im Klimaschutz auslösen wird, vermag heute niemand zu sagen. Sicher ist nur: Selbst für den Fall, dass alle Staaten ihre freiwilligen Zusagen auch einhalten sollten, wird der globale Emissionsanstieg bis 2030 lediglich abgebremst. Eine Trendwende ist nicht in Sicht. Legt man das 2-Grad-Ziel zugrunde, dann wäre das der Menschheit noch verbleibende Budget an Emissionen schon vor 2040 aufgebraucht, das 1,5-Grad-Budget bereits im Jahr 2020. Und da die Wirkung von Kohlendioxid in der Atmosphäre eine lang anhaltende ist, werden die Klimawandelfolgen in den kommenden Jahrzehnten weiter zunehmen, selbst wenn die nun vereinbarten Selbstverpflichtungen kontinuierlich verbessert werden.

Der vom Klimawandel ausgelöste Problemdruck wird also in Zukunft weiter steigen, doch mit welchen idealtypischen Strategien wird die Welt darauf reagieren? Bleibt das Heft des Handelns bis auf weiteres bei der Politik? Oder wird man das Heil verstärkt in ökonomischen Ansätzen suchen? Oder wird man der Wissenschaft eine Führungsrolle zubilligen? Ist also bei der Bearbeitung des Klimaproblems - von einer Lösung zu sprechen, wäre vermessen - bis zum Jahr 2030 eine stärkere Politisierung, Ökonomisierung oder Verwissenschaftlichung zu erwarten?

Eine Politisierung des Klimaproblems würde die bisherigen Entwicklungslinien fortschreiben. Die Uno bleiben das Gravitationszentrum. Doch die Bandbreite der verhandelten Themen steigt kontinuierlich weiter an. Das kann schon deshalb nicht verwundern, weil das angestrebte Ziel einer klimaneutralen Weltwirtschaft tiefgreifende Veränderungen mit sich bringen wird. Die Nutzung fossiler Energieträger im Laufe des 21. Jahrhunderts weitgehend zu beenden, ist eine Mammutaufgabe, die nicht ohne politische, wirtschaftliche, technologische und gesellschaftliche Umwälzungen bewältigt werden kann. Auch die notwendigen Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel stellen eine enorme Herausforderung dar. Der Klimawandel wird zum dominierenden Thema der internationalen Politik.

Aufmerksamkeit mobilisieren

Dies hat zur Folge, dass beinahe jedes beliebige Problem in ein Klimaproblem umdefiniert wird, um materielle Ressourcen oder zumindest Aufmerksamkeit zu mobilisieren. Dies erleben wir heute schon in der Energie- und in der Entwicklungspolitik, zunehmend in der Migrationsdebatte, absehbar auch beim Tourismus oder bei Fragen der öffentlichen Gesundheit.

Wenn unter dem Dach der Klimapolitik aber beinahe alles verhandelt wird, dann wird auch das Klimaproblem selbst verhandelbar. Der Sinn des vor Klimakonferenzen so beliebten Gemeinplatzes «Mit der Natur kann man nicht verhandeln» kehrt sich dann ins Gegenteil um: «Pech für die Natur, dass sie nicht am Verhandlungstisch sitzt, dann verhandeln wir eben ohne sie.» Doch an der nach wie vor versprochenen Stabilisierung des Weltklimas bei höchstens 2 Grad wird die Politik dann scheitern, trotz einer insgesamt grösseren Dynamik, die auch Städte, Gemeinden und Unternehmen umfasst. Man hat das Problem und die zur Abmilderung notwendigen Emissionsminderungen schlichtweg zu spät ernst genommen.

Die absehbare Überschreitung von eigentlich sakrosankten Zielwerten muss nicht zwingend zu einem Kurswechsel in der Klimapolitik führen. Die Erfahrung lehrt, dass die Wahlbevölkerung in westlichen Industriestaaten die kurzfristigen Effekte konkreter Massnahmen im Zweifelsfall meist höher gewichtet als langfristige Ziele. Ein Scheitern der Politik würde aber den beiden konkurrierenden Strategien Auftrieb verschaffen.

Verfechter einer stärkeren Ökonomisierung setzen dabei vor allem am Effizienzdefizit der Uno-Klimapolitik an. Warum weiterhin mühsam über nachrangige Details verhandeln, wenn dies doch keine wirksamen Emissionsminderungen zur Folge hat? Stattdessen wäre die Dekarbonisierung primär als ökonomische Frage zu

behandeln, bei der sich Veränderungen zuallererst über Preismechanismen erzielen lassen. Es könnte alles ganz einfach sein: Abschaffung klimaschädlicher Subventionen und globale Einigung auf einen wirksamen CO2-Preis, und schon werden fossile Energieträger sukzessive durch klimafreundliche Technologien ersetzt, weil der Markt die effizientesten Lösungen findet. Und solange dies nicht global durchsetzbar ist, sollten gleichgesinnte Länder gemeinsam vorangehen und alle Importe aus Drittstaaten konsequent mit Klimaabgaben belegen. Die daraus entstehenden Handelskonflikte müssten im Zweifelsfall in Kauf genommen werden, da internationale Klimapolitik ohne CO2-Bepreisung wirkungslos bleibt.
Einen anderen Weg schlägt die Divestment-Bewegung ein, die primär Finanzmarktakteure adressiert und dabei nicht nur sozialmoralisch argumentiert, sondern auch mit vorausschauendem Risikomanagement. Wenn zur Erreichung ambitionierter Klimaziele ein Grossteil der fossilen Reserven ohnehin im Boden bleiben müsste und institutionelle Anleger wie Pensionsfonds dazu bewegt werden können, Investments in klassische Energieunternehmen zu beenden, dann wird sich die Förderung von Kohle, Öl und Gas schon bald nicht mehr finanzieren lassen - lange bevor sich Politiker auf einen Ausstieg aus fossilen Energien geeinigt haben werden.
Verfechter einer stärkeren Verwissenschaftlichung wiederum könnten die Oberhand gewinnen, wenn weder die politische noch die ökonomische Strategie zur Einhegung des Klimaproblems durchschlagende Wirkung gezeigt hat. Sollte angesichts zunehmend sichtbarer Folgen des Klimawandels weltweit die Einsicht wachsen, dass das 2-Grad-Ziel mit allen Mitteln eingehalten werden muss, dürften gezielte Interventionen in das Klimasystem ernsthaft erwogen werden, und zwar nicht nur von Klimaschutzvorreitern, sondern aufgrund der radikal veränderten Instrumente auch von vormaligen Blockierern.

Schwefel in der Luft

Eine bevorzugte Methode des Geo-Engineering wäre das Einbringen von Schwefel-Aerosolen in die Stratosphäre, um die Sonneneinstrahlung zu vermindern. Damit liesse sich ein Mechanismus nutzen, wie er auch bei Vulkanausbrüchen auftritt. Doch während sich der Effekt auf die globale Durchschnittstemperatur noch einigermassen zuverlässig vorhersagen liesse, droht eine Vielzahl unbeabsichtigter Nebenfolgen für das Klima einzelner Regionen, etwa bei den Niederschlagsmustern. Sollte die Weltgemeinschaft oder einzelne Staaten den Einsatz von Geo-Engineering dennoch für unumgänglich halten, treten wir in eine neue Phase des Erdsystem-Managements ein, in der Naturwissenschafter und Ingenieure eine herausragende Rolle einnehmen werden.
Wo mittelfristig der Schwerpunkt bei der Bearbeitung des globalen Klimaproblems liegen wird, lässt sich gegenwärtig nicht prognostizieren. Es existieren zu viele Unwägbarkeiten - politische, ökonomische, gesellschaftliche und nach wie vor auch klimawissenschaftliche. Eine der drei skizzierten Strategien dürfte dominieren, ohne die anderen jedoch komplett in den Hintergrund zu drängen. Nur eines ist bisher sicher: Je weniger Treibhausgase die Menschheit in Zukunft emittiert, desto geringer wird der Problemdruck ausfallen.